Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung nur $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man sende alle Briefe an: „Saskatchewan Courier Publ. Co.", Drawer 452, Regina, Sask., oder spreche vor in der Office: Hamilton Str. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

The "Saskatchewan Courier"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country.
Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 452. - - - - Phone 657.

1. Jahrgang. | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 26. Februar 1908. | No. 18

Canadische Umschau.

Aus dem Parlament.

Die Debatten drehten sich letzte Woche noch zum großen Teil um die sog. Holzverschenkungen der Regierung. Der Abg. W. J. Roche von Marquette hielt eine lange Rede, in welcher er die Regierung angriff, aber eigentlich nichts Neues vorbrachte.

Diese langen Reden und ewigen Debatten über Grabscherei im gegnerischen Lager werden nicht nur langweilig, sondern sind auch dazu angetan, die wirkliche und notwendige Arbeit des Parlaments aufzuhalten.

Auf eine diesbezügliche Anfrage hin teilte Hon. Oliver dem Hause mit, daß der Durchschnitt der für Schulländereien in den Jahren 1906 und 1907 gezahlte Preis in den Westprovinzen folgender sei: Manitoba $11.37, Saskatchewan $20.96 und Alberta 11.41. Für sog. Timber Berths wurden bezahlt in Manitoba 79 Cts., in Saskatchewan 32 und in Alberta 28 Cts. Kohlenländereien brachten $7.00 in jeder Provinz.

Der Premier brachte einen Antrag ein, der Regierung die Summe von $300,000 zwecks Verschönerung und Instandhaltung der Schlachtfelder bei Quebec zu bewilligen. Es ist vorgesehen, diese historischen Stätten zur dreihundertjährigen Jubelfeier der Stadtgründung zu verschönern. Der Antrag wurde angenommen.

Am Freitag wohnte Hon. James Bryce, der britische Botschafter in Washington, der sich für einige Tage in Ottawa aufhält, den Sitzungen des Parlaments bei.

Die Diskussion über den französisch-canadischen Handelsvertrag wurde wieder aufgenommen und der Abgeordnete Foster meinte, darauf hinweisen zu müssen, daß wenn der Vertrag angenommen würde, der britische Vorzugszoll nicht mehr für alle Handelsartikel Geltung hätte. Das würde in London keinen guten Eindruck machen und Großbritannien müßte zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht gut von Canada behandelt werde.

Der Finanzminister antwortete, daß eine Anzahl von Handelsartikeln schon jetzt vom Vorzugstarif ausgeschlossen wären. Es bestehe auch in England eine große Partei, die unser gutes Recht, die Vorzugszölle zu ändern, vollkommen anerkenne.

Auf eine Anfrage eines Abgeordneten sagte der Minister dann, Canada erhalte von Frankreich keinerlei Konzessionen, die Frankreich nicht auch andern Ländern bewilligt habe, aber es erhalte manche Vergünstigungen, die es bis jetzt noch nicht genossen habe. Das könnte nur von Nutzen und Segen für den Handel Canadas sein.

Der Abg. Zimmermann von Hamilton, Ont., teilte dem Hause mit, daß die Deering Co. des International Harvester Trusts infolge des französisch-canadischen Handelsvertrages sich entschlossen habe, ihr Export-Geschäft nach Hamilton, Ont., zu verlegen. Das Export-Geschäft belaufe sich auf verschiedene Millionen Dollars im Jahre.

Der Finanzminister antwortete auf eine Anfrage, daß die Finanzabteilung Schritte unternommen hätte, um die Interessen der Police-Inhaber der Mutual Reserve Life Insurance Co., die jetzt in Händen der Liquidation ist, zu schützen. Es seien über 2000 Canadier in dieser Gesellschaft zu einer Gesamtsumme von mindestens 4,000,000 Dollars versichert. Die bei der Regierung deponierten Sicherheiten belaufen sich auf $265,666.

Man erwartet, daß der Finanzminister das Budget im Laufe dieser Woche einbringen wird und zwar sobald der französisch-canadische Handelsvertrag seine dritte Lesung passiert hat.

Auch der Bericht der Kommission zur Untersuchung des Quebecker Brückenunglücks wird wahrscheinlich in dieser Woche dem Hause eingereicht werden.

Der Abgeordnete Foster hielt am Montag wieder eine lange Rede, in der er forderte, daß es Regierungs-Beamten untersagt werden sollte, bei den Wahlen politisch tätig zu sein. Er behauptete unter anderem, daß mindestens dreiviertel aller Regierungs-Beamten im Westen nichts mehr und nichts weniger als Organisatoren der liberalen Partei seien.

Dann griff er den Eisenbahnminister und den Minister für öffentliche Arbeiten an und sagte, es sei Zeit, daß es Ministern verboten werde, in der Weise, wie sie es getan hätten, bei Wahlen zu agitieren.

Premier Laurier erklärte sich dann mit den Ausführungen des angegriffenen Hon. Pugsley einverstanden und meinte, er hätte dasselbe Recht wie jedes andere Mitglied des hohen Hauses, sich an den Wahlen zu beteiligen.

Eine eigenartige Bill wurde dann von dem Abg. Lavergne eingebracht. Die Bill bestimmt nichts weniger als eine Bestrafung der Eisenbahn-Gesellschaften für das Zuspätkommen der Züge. Für jede Minute, die ein Zug nach der fahrplanmäßigen Zeit in die Station einläuft, ist eine Strafe bis zu 5 Dollars zu bezahlen.

Natürlich wird die Bill nicht angenommen, sonst würden die Eisenbahnen wohl bald arm werden.

Eisenbahn-Kommission.

Die Dominion Eisenbahn-Kommission, die bis jetzt schon manche knifflige Frage, die zwischen den Eisenbahn-Gesellschaften und dem Volk bestand, zu allseitiger Zufriedenheit gelöst hat, soll nun, um ihren Ansprüchen besser gerecht werden zu können, vergrößert werden.

Bekanntlich enthält die Halifax Platform der Konservativen eine Planke, die die Nationalisierung der Eisenbahnen vorsieht. Nun wird es wohl nicht dahin kommen, daß die Konservativen das Heft bald in die Hand bekommen werden, um dem Lande zeigen zu können, ob sie es mit der Verstaatlichung der Bahnen wirklich ernst gemeint haben. Viele bezweifeln das und sind auch der Meinung, daß eine Verstaatlichung der Bahnen unter den hier obwaltenden politischen Verhältnissen schädlich für das Land und für die Entwickelung des Bahnsystems selbst wäre. Wir brauchen hier auch in dieser Beziehung freieste Konkurrenz, aber wir wollen keine konservative oder liberale Bahn. Denn das würde doch schließlich die Folge sein. Die jeweilig sich am Ruder befindliche Partei würde eben die Bahnen nach ihrem Gutdünken verwalten und die Bahnbeamten würden schließlich in erster Linie Parteimänner sein müssen.

Das aber wäre nicht zur Wohlfahrt des Landes. Man braucht nicht einzuwenden, daß die Bahnen in Deutschland fast alle Staatsbahnen seien und daß das System sich dort gut bewährt habe. Dort sind eben die Verhältnisse von den hier bestehenden himmelweit verschieden.

Unsere liberale Regierung nun versucht auf andere Weise die Rechte des Volkes den Bahngesellschaften gegenüber geltend zu machen. Sie hat zu dem Zweck die Eisenbahn-Kommission gebildet und will diese jetzt verdoppeln, denn der Arbeitsumfang wird ein immer größerer.

Bis jetzt besteht die Kommission aus 3 Mitgliedern. Die Regierung will die Zahl derselben auf 6 bringen, wodurch die Leistungsfähigkeit bedeutend gesteigert werden würde.

Eine weitere Regierungsbill zur Abänderung des Railway Act geht dahin, auch das Telegraphen- und Telephon-System der Jurisdiktion der Eisenbahn-Kommission zu unterstellen.

Wir halten diese Maßnahmen für durchaus angebracht und mehr im Interesse des Landes, als die von den Konservativen vorgesehene Verstaatlichung.

Das Natal-Gesetz.

In Britisch Columbien geht's noch immer recht lebhaft her. Die Situation ist eine recht verzwickte. Das Parlament hat das Gesetz angenommen, welches auch vom Lieutenant Governor unterzeichnet wurde, wodurch die Japaner von Britisch Columbien ausgeschlossen werden. Von Ottawa kam die prompte Antwort, daß das Gesetz ultra vires sei, d. h. daß die Provinz kein Recht habe, ein solches Gesetz anzunehmen.

Nichtsdestoweniger hatten die Provinzial-Behörden einige Japaner verhaftet, weil diese das Gesetz übertreten hatten. Oberrichter Hunter, Präsident des Obergerichts von Britisch Columbien, gab die Entscheidung ab, daß das Gesetz auf Untertanen des Kaisers von Japan nicht anwendbar sei, da das Gesetz dem Vertrag mit Japan zuwiderlaufe. Der Oberrichter ordnete die Freilassung der beiden Verhafteten an und machte auch darauf aufmerksam, daß sie eine Klage gegen die Personen anstrengen könnten, die sie festgehalten haben.

Der Attorney General der Provinz aber, Herr Bowser, hielt kürzlich auf einer konservativen Massenversammlung eine längere Rede, in der er das Gesetz verteidigte. Er machte sich über Lemieux lustig, weil dieser meinte, er hätte die ganze Einwanderungsfrage gelöst. Des ferneren kündigte er an, daß der Natal Akt auf 200 Hindus, die bald in B. C. ankommen würden, angewandt werden sollte, d. h. daß diese an der Landung gehindert werden würden.

Das kann ja nett werden und ist man recht gespannt, ob die Hindus, die doch Untertanen des englischen Königs sind, in Canada weniger Recht und Schutz genießen, als die Untertanen des Mikado.

— Die Legislatur von Alberta passierte das sogenannte Entschädigungs-Gesetz. Allen Arbeitern, die in Minen, Steinbrüchen, auf Eisenbahnen, in Fabriken und an Gebäuden, die über 30 Fuß hoch sind, arbeiten und verletzt resp. arbeitsunfähig werden, ist von den Unternehmern eine Entschädigung zu zahlen. Die wöchentliche Entschädigung darf bis $7.50 betragen. Im Todesfall sind von 500 bis 1800 Dollars, je nach der Lohnhöhe, zu zahlen. Das Gesetz hat keine Anwendung auf Farmer und Farmarbeiter. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1909 in Kraft. Es ist natürlich erst ein Versuch in der Richtung einer ausgesprochenen Arbeiterschutz-Gesetzgebung und es bleibt abzuwarten, wie das Gesetz sich bewähren wird.

Stœssel zum Tode verurteilt.

Lieutenant-General Fock.

Das Kriegsgericht in St. Petersburg hat den Verteidiger Port Arthur's General-Leutnant Stoessel am 20. Februar zum Tode verurteilt, weil es klar aus den Verhandlungen hervorgegangen sei, daß die Uebergabe der Festung an die Japaner vor der Zeit erfolgt sei. Das Gericht kündigte jedoch an, daß es eine Umänderung des Todesurteils in zehnjährige Gefängnisstrafe in der Peter Pauls Festung empfehlen werde. Die Mitangeklagten Stoessels, die General-Leutnants Smirnoff, Fock und Reiß, wurden freigesprochen.

Sic transit gloria mundi — so erstirbt der Ruhm der Welt. Zur Zeit des Krieges galt Stoessel allenthalben als ein Held und tatsächlich bildete die Verteidigung der russischen Feste der einzige Glanzpunkt in dem für Rußland an Niederlagen so reichen Krieg.

Die Belagerung der Festung begann am 18. Februar 1904 und dauerte bis zum 31. Dezember desselben Jahres. Die Japaner machten eine ganze Anzahl gewaltiger Sturm-Angriffe auf die Festung und opferten Tausende und Abertausende ihrer besten Söhne unter den Kugeln, Granaten, Bajonetten und Kolben der zähen Verteidiger. Sie eroberten aber ein Fort nach dem andern und drängten die Russen immer enger zusammen.

Nicht nur von der Land-, sondern auch von der Seeseite griffen die Japaner die Russen an und schlossen nach und nach einen immer enger werdenden eisernen Ring um die Festung. Als Stoessel sah, daß er keine Hilfe von Kuropatkin erhalten konnte und daß es unmöglich sei, Port Arthur noch längere Zeit zu halten, beschloß er, die Festung dem Feinde zu übergeben, um das unnötige Hinopfern von Tausenden zu beendigen.

Am 1. Januar 1905 wurde die Festung mit allem Kriegsmaterial an den siegreichen General Nogi übergeben. Die Soldaten gerieten in Kriegsgefangenschaft, während es den Offizieren gestattet wurde, unter Abgabe des Ehrenwortes, sich nicht mehr am Kriege beteiligen zu wollen, nach Rußland zu begeben.

Von der Zahl der Verteidiger, die zu Anfang der Belagerung sich nach russischen Berichten auf 100,000 Mann beliefen, waren bei der Uebergabe nur noch 23,000 kampffähig.

Neueste Nachrichten.

St. Petersburg, 25. Febr. — Die Verhängung des Todesurteils über den Generalleutnant Stoessel durch das Kriegsgericht, der wegen Feigheit und Hochverrats in Verbindung mit der Uebergabe der Festung Port Arthur an die Japaner prozessiert wurde, hat in der russischen Hauptstadt wenig Befriedigung hervorgerufen. Die Zeitungen sympathisieren mit General Stoessel und erklären, daß das Todesurteil wahrscheinlich umgewandelt werden würde. Sie verlangen auch, daß General Kuropatkin, Vizekönig Alexiew und andere Offiziere, die weit mehr für den unglücklichen Ausgang des Krieges verantwortlich sind, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Wien, 24. Febr. — Die Arrangements für den großen Umzug in Wien gelegentlich der Feier zu Ehren des Jubiläums des Kaisers Franz Josef sind offiziell kanzelliert worden, da die Aerzte des Kaisers der Meinung sind, daß ihr Patient nicht kräftig genug ist, den Festlichkeiten beizuwohnen. Sie sprachen die Ansicht aus, daß der Kaiser noch nicht ganz wiederhergestellt ist und daß seine Beteiligung an den geplanten Feiern im Freien und die Strapazen bei der Unterhaltung der besuchenden Fürstlichkeiten zu gefährlich seien.

St. Petersburg, 24. Febr. — Die „Nowoe Wremja" meldet, daß General Rüdiger, der Kriegsminister, abgesetzt und Generalleutnant Nicholas Iwanow, der Generalgouverneur von Kronstadt, zu seinem Nachfolger ernannt wurde.

Berlin, 25. Febr. — Ein neuer Staatssekretär des Reichsschatzamts ist nach langem Suchen endlich gefunden. An die Stelle des Freiherrn v. Stengel, welcher unlängst gegenüber den unlösbar scheinenden Reichsfinanzwirren die Flinte in's Korn warf, wird der bisherige Unterstaatssekretär des Reichspostamts, Wirkl. Geh. Rat Sydow treten. Gleichzeitig ist Herr Sydow zum Mitglied des preußischen Staatsministeriums ernannt worden.

Das preußische Justiz-Ministerium hat es abgelehnt, die Begnadigung des famosen „Hauptmanns von Köpenick", des Schusters Voight, der seinerzeit die obersten Behörden des Berliner Nachbarortes zum Gaudium der ganzen Welt düpierte, beim Kaiser zu befürworten. Voight hatte eine Petition eingereicht, in welcher er um bedingte Begnadigung bat, da er an der Schwindsucht leidet. Sein Gefängnistermin läuft noch drei Jahre.

Wien, 24. Febr. — Die hiesige „Neue Freie Presse" meldet, die deutsche Regierung habe auf amtlichem Wege mitgeteilt, daß sie den Plan Oesterreich-Ungarns zur Anlegung der Sandschak-Bahn unterstütze. Eine Berliner offiziöse Zuschrift der „Politischen Korrespondenz" führt aus, Deutschland sei gleichzeitig mit anderen Mächten von den Bahnplänen des österreichisch-ungarischen Ministers, Freiherrn v. Aehrenthal, unterrichtet worden, Deutschland billige die Projekte vollkommen und unterstütze sie. Die Behauptung, daß Freiherr von Aehrenthal den Widerstand der Türkei gegen die Reformpläne gestärkt, ja ihn herbeigeführt habe, sei haltlos, da die Opposition älter sei als das Bahnprojekt.

Berlin, 25. Febr. — Die in einer Pariser Depesche der „N. Y. Sun" enthaltene Meldung, daß Deutschland den Ankauf der Philippinen beabsichtige und bereits eine Vereinbarung zwischen den maßgebenden Faktoren in Berlin und Washington erzielt worden sei, wird hier direkt als Unsinn bezeichnet. Sämtliche Ausschmückungen, mit welchen die Tatarenn-Nachricht noch weiter versehen ist, als da sind: der eigentliche Zweck der Pacificfahrt der amerikanischen Flotte bestehe darin, der mit Sicherheit zu erwartenden Entrüstung Japans über solchen Schacher den nötigen Dämpfer aufzusetzen, und die Ver. Staaten würden eine Kohlenstation auf den Philippinen unterhalten, auch nachdem diese zum integrirenden Bestandteil des Deutschen Reichs geworden — werden gleichfalls als Erfindungen gekennzeichnet. Als überaus komisch gilt die gleichzeitige Behauptung, daß England sich der Angelegenheit gegenüber passiv verhalte, zweifellos aber die Philippinen lieber im Besitz Deutschlands sehen würde, als eine Expansion Japans in südlicher Richtung.

St. Petersburg, 24. Febr. — Die Ausführung von Mordanschlägen gegen hervorragende Persönlichkeiten wurde durch die Polizei vereitelt, die eine Reihe von Verhaftungen in verschiedenen Teilen der Stadt vornahm. Insgesamt wurden fünfzig Männer und Frauen dingfest gemacht. Dies ist die größte Zahl von Terroristen, welche jemals von der Polizei in der Hauptstadt in Gewahrsam genommen wurden. Die meisten von ihnen waren schwer bewaffnet, einige mit Bomben, und sie leisteten verzweifelten Widerstand gegen die Polizei. Während des Verlaufs der Verhaftungen wurden zehn Polizisten verwundet und einer fand seinen Tod.

Berlin, 24. Febr. — Herr Andrew Carnegie hate für die Robert Koch-Stiftung zur Bekämpfung der Tuberkulose die Summe von 500,000 Mark geschenkt. Das bringt den Fonds auf eine ansehnliche Höhe. Die Stiftung, welche aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Gedenktages der Robert Koch'schen Entdeckung des Tuberkelbazillus errichtet worden und somit der Erinnerung an die grundlegende Beobachtung für die Erforschung der gesamten menschlichen Infektionskrankheiten gewidmet ist, stellt sich, abgesehen von der Ehrung des Forschers, die Aufgabe, wissenschaftliche Arbeiten und damit auch praktische Bestrebungen zur Bekämpfung der Tuberkulose aus ihren Mitteln zu unterstützen.

Paris, 25. Febr. — Nach einer Spezialdepesche aus Lissabon herrscht dort große Erregung. Der Palast ist von Truppen umgeben, die ganze Garnison ist in den Kasernen konsigniert, sämtliche Mannschaften sind mit scharfen Patronen versehen.

Tiflis, 25. Febr. — Nach einer heute hier eingegangenen Meldung haben die Türken neuerdings das Grenzdorf Carina in der Provinz Van in der adriatischen Türkei überfallen und fünfzig Armenier gefangen genommen, die nach türkischer Behauptung Mitglieder einer revolutionären Gesellschaft sein sollen. Es wurde an Ort und Stelle ein Standgericht gebildet, und nach kurzem Prozeß wurden acht Mann zum Tode und 43 zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt. Wie die Depesche meldet, herrscht in den benachbarten Dörfern um Carina große Aufregung und erwartet man einen Aufstand der Bevölkerung zur Verhinderung der Vollstreckung der Urteile. Die Türken haben sich die Lage zu Nutze gemacht, um ihre Verstärkungen näher an die Grenze zu schieben.

Paris, 25. Febr. — Die Berichte über zahlreiche Gefechte in Marokko, die von den Pariser Zeitungen gemeldet wurden, sowie die Gerüchte, daß diea Truppen des Gen. D'Amade sich in Wirklichkeit in schlimmer Lage befinden, führten im französischen Senat zu einer längeren Diskussion, die mit einem Vertrauensvotum für die Regierung endete. Senator Gaudin de Villaine erklärte, die kürzlichen Ueberfälle der Araber ließen erkennen, daß eine Verstärkung der Truppen in Marokko nötig sei. Er meinte, man müsse Marokko räumen oder eine Armee von 100,000 Mann absenden. „Während wir hier debattieren," schloß der Senator, „nimmt Spanien an der Küste alles weg, was ihm gefällt, und eines schönen Tages wird Großbritannien kommen und Tanger einstecken." Kriegsminister Gen. Picquart gab eine längere Antwort. Er bezeichnete die sensationellen Gerüchte über die gefährliche Lage der französischen Truppen in Marokko als unbegründet und erklärte, die Operationen seien bisher durchaus erfolgreich gewesen.

Washington, 24. Februar. — Der Premierminister von Australien, Alfred Deakin, hat eine außerordentlich freundlich gehaltene Einladung für einen Besuch der amerikanischen Schlachtschiff-Flotte in Australien erlassen. Staatssekretär Root hat den Empfang der Einladung bereits bestätigt und sagt in dem betreffenden Schreiben: „Die eventuellen Bewegungen unserer Flotte sind noch nicht festgesetzt. Wenn es aber auch wahrscheinlich ist, daß die Schiffe durch den Suezkanal heimkehren, so würde es mich doch freuen, wenn einige von ihnen den Weg über Australien wählen könnten. Es ist aber noch zu früh, Versprechungen in dieser Beziehung zu machen."

Provinzial-Nachrichten.

Beschlüsse der Getreidebauer-Vereinigung.

Die diesjährige Versammlung der Getreidebauer-Vereinigung von Saskatchewan fand unter reger Beteiligung von Delegaten aus allen Teilen der Provinz in Saskatoon statt. Es waren auch Vertreter Albertas und Manitobas anwesend, unter diesen Fletcher, der Sekretär der Alberta Farmer Association, und E. van Horn, Haupt-Weizen-Inspektor, von Winnipeg. Auch Hon. Motherwell, Landwirtschafts-Minister der Provinz, wohnte der von 117 Personen besuchten Konvention bei.

Der bisherige Präsident E. N. Hopkins von Moose Jaw wurde für das neue Jahr wiedergewählt. F. M. Gates, Fillmore, ist Vize-Präsident. Die Vereinigung hat jetzt 1961 Mitglieder.

Die Konvention tagte drei Tage lang und eine ganze Anzahl bedeutender Beschlüsse wurden gefaßt, von denen wir hiermit die wichtigsten anführen.

1. Die Konvention ist ganz entschieden gegen eine Abänderung des Getreide-Gesetzes (Grain Act) in der Richtung, daß die Eisenbahn-Gesellschaften den Elevatoren einen größeren Prozentsatz Frachtwagen als jetzt liefern dürfen. Dadurch würde der Farmer noch mehr dem Elevator-Monopol ausgeliefert.

2. Die Getreidebauer-Vereinigung möchte noch einmal darauf hinweisen, daß es sowohl im Interesse des Produzenten wie des Konsumenten wäre, wenn der Centner (100 Pfund) anstatt des Buschels als Gewichtsbasis für das Getreide eingeführt würde.

3. Wir billigen im Prinzip die Einführung einer zwangsweisen Regierungs-Hagelversicherung und empfehlen, daß eine Steuer von 1 Cent pro Acker mit Ausnahme des Weidelandes zu diesem Zweck erhoben werde.

4. Wo von einer Eisenbahnstation 100,000 Buschel Getreide in einer Saison versandt werden, sollten die Eisenbahn-Gesellschaften gezwungen werden, während der Versandt-Periode dort einen Agenten anzustellen.

5. Es sollte ein System gegenseitiger Entschädigung eingeführt werden, sowohl für ungebührlich lange Versäumnis im Verladen der Frachtwagen von seiten der Farmer wie auch für Nachlässigkeit in der Transportation von seiten der Eisenbahnen. Das würde dazu dienen, den Versandt zu beschleunigen.

6. Die Provinzial-Regierung sollte für jeden Wege-Verbesserungs-Distrikt einen Unkraut-Inspektor anstellen, da die Inspektion, wie sie jetzt gang und gäbe ist, nicht hinreichend ist, um das Unkraut wirksam zu bekämpfen.

7. Da die Farmer viele Unbequemlichkeiten und große Verluste gehabt haben, weil die Banken sich weigerten, ihnen Geld auf aufgespeicherten Weizen und gegen Verladungsscheine vorzustrecken, so sei beschlossen, in die Regierung zu dringen, hier Abhülfe zu schaffen. (Bei der Diskussion über diesen Vorschlag sprachen sich eine Anzahl Delegaten dahin aus, daß das einzige und beste Mittel in diesem Fall Selbsthilfe in Gestalt einer Farmersbank sei. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, eine solche ins Leben zu rufen, kam aber nicht zur Abstimmung.)

8. Wir beschließen, daß im Falle eines Frachtwagenmangels der Warenhaus-Kommissär die Macht haben soll, die Eisenbahn-Gesellschaften anzuweisen, die zur Disposition stehenden Frachtwagen im Verhältnis zur Nachfrage zu verteilen.

9. Es sollte mit aller Kraft in die Dominion- und Provinzial-Regierungen gedrungen werden, sobald wie möglich eine vom Staat geeignete und betriebene Bahn nach der Hudsons Bay zu bauen.

10. Wir sprechen der Regierung unsere volle Anerkennung aus, daß sie Schritte unternommen hat, eine Kohlenmine in der Provinz in Betrieb zu setzen und möchten die Regierung bitten, in dieser Richtung vorwärts zu gehen. Alle noch brach liegenden Kohlen- und Oel-Ländereien sollten im Interesse des Volkes kontrolliert werden.

11. Die Vereinigung ist der Meinung, daß die Provinzial-Regierung an Bahn-Kreuzungspunkten in der Provinz Saskatchewan Kohlen-Schuppen errichten sollte, die im Sommer mit Kohlen zu füllen sind, um diese in Zeiten der Not zum Kostenpreis zu verkaufen. Alle Minenbesitzer sollten gezwungen werden, Carload-Ordres direkt an die Konsumenten zu Wholesale-Preisen zu berechnen.

12. Es sei beschlossen, daß wir die Provinzial-Regierung ersuchen, von Jahr zu Jahr Proben unserer Weizengrade einem Mahl- und Backtest zu unterziehen. Da das gegenwärtige System der Gradierung unfair ist und Gelegenheit bietet, ungerechtfertigte und betrügerische Unterschiede in der Gradierung zu machen, so empfehlen wir die Ernennung eines Komites, das ausfinden soll, ob es nicht geraten wäre, unsern Weizen einer chemischen, mechanischen und praktischen Mahlprobe zu unterziehen und so den Wert der einzelnen Grade aufs genaueste auszufinden.

Es wurde dann im Verlauf der Verhandlungen noch besonders darauf hingewiesen, daß die Farmer stets nur reines, von Unkraut freies Saatgetreide benutzen sollten und daß man besonders neuen Farmern die große Wichtigkeit dieses Prinzips beibringen müsse.

Besonders scharf sprach man sich gegen die Elevator-Gesellschaften aus. Falsches Gewicht und falsche Gradierung werde von vielen unskrupulösen Getreidehändern angewandt, um den Farmer über's Ohr zu hauen.

Auch will man die Provinz-Regierung ersuchen, daß diese dafür sorge, daß an den Eisenbahnstationen genügend Getreidespeicher gebaut werden, in welchen der Farmer sein Getreide aufspeichern kann, bis er den Augenblick für gekommen hält, es vorteilhaft zu verkaufen. Viele Farmer müssen alljährlich aus Mangel an Raum ihr Getreide so schnell wie möglich verkaufen, wenn auch die Preise niedrige sind. Andere haben wohl genügend Speicher, in denen sie ihr Getreide aufbewahren können, aber wenn die Preise plötzlich hoch gehen, dann können sie das Getreide nicht schnell genug an die Bahn bringen und erleiden so oft große Verluste.

Wie bereits in letzter Nummer gemeldet war, wird die Vereinigung nächstes Jahr ihre Versammlung in Wenburn abhalten.

Saskatchewans Ernte.

Das landwirtschaftliche Departement der Provinz hat nun den endgültigen, auf Grund der Drescher-Berichte ausgearbeiteten Ernte-Bericht für das Jahr 1907 veröffentlicht.

Zuerst behandelt der Bericht die Wetter-Verhältnisse des Jahres im Vergleich mit denen der letzten zehn Jahre und zeigt, wie das Wetter im allgemeinen äußerst ungünstig für das Reifen der Ernte war.

Dann folgt die statistische Aufstellung der Ernte-Erträge nach den von den Drechern eingelieferten Zahlen. Danach belief sich die Gesamt-Ernte im Jahre 1907 auf 53,767,251 Buschel, wovon 27,691,6001 Buschel Weizen, 23,324,903 Buschel Hafer, 1,350,265 Buschel Gerste, 1,364,716 Buschel Flachs und 35,766 Buschel Spelz waren.

Ein Vergleich der Ernte-Erträge mit denen des Jahres 1906 zeigt eine Netto-Zunahme von 9,284,959 Buschel, meistens Weizen, während der Hafer-Ertrag um ein geringes kleiner war wie im Vorjahre. Die Flachsernte war ungefähr doppelt so groß als im Jahre 1906.

Es waren im ganzen 2,918,951 Acker besät, eine Zunahme von 418,154 Acker gegen 1906. Dazu kommen noch nach genauen Schätzungen 139,966 Acker, von denen das Getreide überhaupt nicht gedroschen wurde, sodaß die Totalsumme des eingesäten Gebiets sich auf 3,058,917 Acker beläuft. Es waren 1,971,099 Acker mit Weizen, 744,187 Acker mit Hafer, 77,120 Acker mit Gerste und 1,516 Acker mit Spelz besät.

Der Durchschnittsertrag per Acker war wohl nicht so groß, als man auf Grund des prachtvollen Wachstums hätte erwarten können. Wenn man aber die außergewöhnlichen Wetter-Verhältnisse in Betracht zieht, so kann der Ertrag als zufriedenstellend angesehen werden. Der Durchschnittsertrag des Weizens war reichlich 14 Buschel. Das ist bedeutend weniger als in den letzten Jahren, aber besser als der Ertrag in den Ver. Staaten und Rußland während der letzten Jahre. Der Durchschnittsertrag der anderen Getreidearten ist wie folgt: Hafer 31½ Buschel, Gerste 17½ Buschel, Flachs fast 11 Buschel und Spelz 23½ Buschel.

Interessant ist auch der Hinweis auf die Qualität des Weizens und genaue Informationen lassen erkennen, daß von der Gesamtweizenernte von 27,691,601 Buschel ungefähr 9,206,332 Buschel als No. 1, 2 und 3 Northern gradierten, 7,513,263 Buschel als No. 4 u. 5 Northern und 10,972,006 Buschel als No. 6 und Futterweizen.

Der Bericht enthält ferner genauere Einzelheiten über die Anzahl der Farmen, die Durchschnittsgröße derselben, die Kapazität der Elevatoren, die Zahl der Dreschmaschinen in den verschiedenen Distrikten, die Marktpreise für Weizen seit dem 1. Sept. u. s. w. Wer ein Exemplar des Berichts haben möchte, wende sich an das Departement of Agriculture, Regina.

— Die Stadt Humboldt an der C. N. R. Hauptlinie macht ganz ausgezeichnete Fortschritte. Die Bauerlaubnisscheine für das Jahr 1907 erreichten die für eine so junge Stadt gewiß respektable Höhe von $71,950.

— Eine Meldung besagt, daß Premierminister Scott am 7. März wieder nach der Hauptstadt Saskatchewans zurückkehren wird. Sein Gesundheitszustand soll jetzt ganz ausgezeichnet sein. Die Legislatur wird dann wohl baldigst zusammentreten und erwartet man allgemein eine sehr geschäftige Sitzung.